

Datum

29. November 2013

Unverfügbarkeit des menschlichen Lebens muss gesichert werden

„Zum Schutz des menschlichen Lebens und seiner Unverfügbarkeit gerade an seinem Anfang und Ende hätten wir uns konkretere Aussagen im Koalitionsvertrag gewünscht“, so ein vorläufiges Fazit des Sprechers für politische und ethische Grundfragen des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Josef Winkler.

„Als ZdK haben wir uns schon in der vergangenen Wahlperiode intensiv für ein gesetzliches Verbot jeder Form der organisierten Beihilfe zur Selbsttötung eingesetzt. Da dies in der bisherigen Regierungskonstellation nicht zu machen war, waren viele Hoffnungen auf den neuen Koalitionsvertrag gerichtet. Es ist für uns enttäuschend, dass davon gar nicht die Rede ist und wir nun Gefahr laufen, dass die bereits bestehenden Angebote der geschäftsmäßigen Suizidbeihilfe mehr und mehr zur Normalität werden“, so Winkler. Es komme nun wohl auf eine Initiative aus der Mitte des Bundestages an, regt der ehemalige Abgeordnete an.

Dem Wunsch nach einer Hilfe zum Sterben müsse mit einer Perspektive der Fürsorge und des menschlichen Miteinanders begegnet werden, die durch konkrete gesundheits- und pflegepolitische Maßnahmen zu unterstützen sei. In diesem Zusammenhang biete der Koalitionsvertrag als Ansatzpunkt zumindest die Absichtserklärung, Hospize weiter zu unterstützen und die Versorgung mit Palliativmedizin auszubauen. „Auf dieser Grundlage muss im Gesundheitsministerium die Initiative ergriffen werden, um in dieser Frage, die für viele Menschen mit Ängsten verbunden ist und die jeden Bürger betreffen kann, auch tatsächlich voran zu kommen“, fordert Josef Winkler. Erfreulich sei in diesem Zusammenhang jedenfalls die Ankündigung, die Vereinbarkeit von Pflege und Berufstätigkeit unter anderem durch den Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit zu verbessern.

Lob gibt es vom ZdK auch für das deutliche Bekenntnis der Koalitionspartner zum Verbot der Leihmutterchaft, die in mehrfacher Hinsicht nicht mit der Würde des Menschen vereinbar sei. „Es ist gut, dass hier gleich zu Beginn der Wahlperiode eine rote Linie markiert wird“, bekräftigt ZdK-Sprecher Winkler.

Josef Winkler wurde vor wenigen Tagen von der ZdK-Vollversammlung als Sprecher des Sachbereichs „Politische und ethische Grundfragen“, dem er seit vier Jahren vorsteht, bestätigt.